

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Renate Ackermann

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Hermann Imhof

Abg. Brigitte Meyer

Abg. Angelika Weikert

Staatsministerin Christine Haderthauer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung folgende Dringlichkeitsanträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sofortige Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Drs. 16/16040)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Integration in Bayern zulassen - Flächendeckendes Angebot an Deutschkursen für alle Flüchtlinge in Bayern schaffen! (Drs. 16/16056)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Georg Schmid, Reserl Sem, Joachim Unterländer u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP)

Bewährte Asylsozialpolitik zeitgemäß weiterentwickeln! (Drs. 16/16057)

Ich habe den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Frau Kollegin Ackermann, bitte.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe. Sprache ist auch der Schlüssel zur Integration. Bisher sind Asylbewerbern Sprachkurse verwehrt worden. Bisher wurden Sprachkurse nur Anerkannten oder Geduldeten zugebilligt. Menschen im Asylverfahren haben kein Anrecht auf einen Sprachkurs. Das ist oder war – das werden wir heute noch sehen – politisch gewollt. Man wollte diese Menschen nicht teilhaben lassen. Man wollte sie nicht integrieren. Man wollte sie isolieren. Man wollte, wie es immer noch im Aufnah-

megegesetzt heißt, die Rückkehrbereitschaft dieser Menschen fördern, indem man sie systematisch ausgegrenzt hat.

Anlässlich eines Besuches des Sozialausschusses in Leverkusen vor einigen Jahren hat ein hoher Beamter des Sozialministeriums zu mir gesagt: Diese Leute wollen wir nicht integrieren. Voilà, deshalb haben sie auch keine Sprachkurse bekommen. Umso erfreulicher ist es, dass wir bei dem ansonsten missglückten Besuch in Würzburg die Kunde vernehmen durften, dass Sie, Frau Landtagspräsidentin Stamm, und auch Frau Sozialministerin Haderthauer sich dafür einsetzen, dass auch Asylbewerber Sprachkurse von Anfang an bekommen. Wir begrüßen das ausdrücklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zur heutigen Plenarsitzung den Dringlichkeitsantrag eingereicht, um diesen Schritt in die richtige Richtung vonseiten des Landtags zu bekräftigen. Dieser Dringlichkeitsantrag ist auch eine Nagelprobe für die Ernsthaftigkeit dieser Ankündigung; denn es darf nicht sein, dass die Mittel für diese Kurse ausschließlich vom Bund kommen. Das Land kann jetzt Geld in die Hand nehmen und damit in Bayern Sprachkurse für Asylbewerber einführen. Daneben bleibt es der Sozialministerin natürlich unbenommen, sich auf der Konferenz der Integrationsminister in Dresden dafür einzusetzen, dass auch der Bund die Sprachkurse von Anfang an einführt und damit auch denen, die jetzt eine Zweidrittelmehrheit brauchen, um das durchsetzen zu können, zum Erfolg zu verhelfen. Ich denke, das wird auch sicher so geschehen. In der Asylpolitik müssen wir von der Abschreckung wegkommen und hin zur Willkommenskultur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei handeln wir im eigenen Interesse; denn diese Menschen bringen Potenziale mit, die sie in diesem Land auch einbringen wollen. Frau Sozialministerin Haderthauer, beweisen Sie bitte in diesem einen Punkt Glaubwürdigkeit, und setzen Sie Ihre Ankündigung von Sprachkursen für Asylbewerber umgehend um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Dr. Fahn das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin erst seit knapp fünf Jahren hier im Bayerischen Landtag, aber in dieser Zeit haben wir schon viele Wenden kennengelernt: die Atom-Wende, die Donau-Wende und auch die Studiengebühren-Wende. Heute kommt eine neue Wende hinzu, die wir sehr begrüßen, nämlich die Wende bei der Vermittlung von Sprachkursen.

Vor circa einem Jahr habe ich eine Schriftliche Anfrage an die Staatsregierung gestellt, wie lange die Asylbewerber durchschnittlich in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Die Antwort war durchaus überraschend: Circa 15 % aller Asylbewerber in Bayern leben fünf Jahre und länger in einer Gemeinschaftsunterkunft. In Aschaffenburg sind es sogar 20 %. 5 % leben sogar zehn Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft. Angesichts dieser Zahlen ist der Grundsatz der bayerischen Asylpolitik, die Förderung der Rückkehrbereitschaft, sehr kritisch zu sehen. Ich würde sagen, dieser Grundsatz ist falsch und muss dringend geändert werden.

(Beifall eines Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn man so lange in Deutschland wohnt, dann muss man ein Mindestmaß an deutschen Sprachkenntnissen besitzen, um sich einigermaßen zurechtzufinden. Andernfalls, und das merken wir vor Ort in den Kommunen immer wieder, sind soziale Konflikte vorprogrammiert. Wenn Flüchtlinge nach Deutschland kommen, dann geht es zunächst einmal nicht um Integration, sondern um die Abfederung einfacher Grundbedürfnisse. Dazu braucht man in Deutschland die deutsche Sprache, meine Damen und Herren. Die Staatsregierung war hier bisher mehr als restriktiv. Ich habe eine Anfrage zum Plenum am 08.05.2012 eingereicht und gefragt: Inwieweit können aus Mitteln der Asylberatung Sprachkurse für Asylberater finanziert werden? Antwort der Bay-

erischen Staatsregierung: Integrative Sprachkurse können nicht über die Asylberatungsrichtlinie finanziert werden. Da dieser Personenkreis lediglich sozial zu versorgen ist, braucht es keine Sprachkurse. Die Fähigkeit zur Reintegration muss erhalten bleiben. Die Asylberatung, so die Bayerische Staatsregierung vor noch nicht einmal einem Jahr, muss dazu dienen, auf eine freiwillige Rückkehr oder eine Weiterwanderung hinzuwirken.

Ein wenig deutsche Sprache bietet die Bayerische Staatsregierung schon, und zwar den Asylbewerbern, die vollzeitschulpflichtig sind. Sie werden in sogenannten Übergangsklassen beschult. Im letzten Schuljahr gab es bayernweit 121 solcher Übergangsklassen. Dort ist der Deutschunterricht natürlich im Angebot. Das gilt aber nicht für alle anderen Personengruppen, und das sind 90 % der in Bayern etwa 10.000 Asylbewerber, die in Gemeinschaftsunterkünften leben.

Weil sich der Bund beziehungsweise der Freistaat bislang an der Finanzierung von Deutschkursen nicht beteiligen wollte, mussten die Kommunen vor Ort diese Suppe auslöffeln. Die Kommunen beziehungsweise die Bürgermeister vor Ort - und das bekommen wir immer wieder gesagt - wissen ganz genau, dass ein Mindestmaß an Deutschkenntnissen für ein menschliches Zusammenleben unabdingbar ist. Was also machen die Kommunen und Bürgermeister? – Sie finanzieren die Deutschkurse als freiwillige Leistung aus humanitären Gründen. Das ist auch gut so, meine Damen und Herren. Der Landkreis Pfaffenhofen beispielsweise finanziert das über ein privates Sprachinstitut, und die Volkshochschule beteiligt sich mit 15.000 Euro. Das ist im dortigen Kreistag auch so beschlossen worden. Im Landkreis Aschaffenburg, wo ich herkomme, finanziert der Landkreis Sprachkurse zur Integration von Flüchtlingen. In anderen Kommunen gibt es sehr viele private Gruppen und Vereine, Leute, die diese Sprachkurse ehrenamtlich durchführen. Ich finde, das ist eine großartige Leistung von diesen Leuten, für die man sich recht herzlich bedanken muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der Abgeordneten Angelika Weikert
(SPD))

Ich muss an dieser Stelle klar betonen, dass es nicht Aufgabe der Kommunen ist, diese Sprachkurse zu finanzieren. Nach Auffassung der FREIEN WÄHLER handelt es sich hier um eine staatliche Aufgabe, und dafür ist der Bund oder der Freistaat zuständig. Deshalb haben wir unseren Antrag noch in einem Punkt erweitert. Wir sagen jetzt: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich auf Landes- und auf Bundesebene ...". Wir bitten, die Wörter "auf Landesebene" noch einzufügen, ansonsten bleibt der Antrag unverändert.

Wir nehmen auch unsere Landtagspräsidentin Barbara Stamm beim Wort, die vor einigen Tagen in Würzburg sagte: Deutsch muss vom ersten Tag an gewollt sein, selbst wenn die Leute später zurückgehen. – Das ist eine sehr wichtige und gute Aussage unserer Landtagspräsidentin. In dieser Frage ist eine kleine Wende in der Asylpolitik in Bayern festzustellen. Das begrüßen wir. Wir würden allerdings gerne wissen, Frau Ministerin - Sie sprechen nachher noch -, wie Sie das umsetzen wollen. Wir wissen, bisher zahlt der Bund bei anerkannten und bei geduldeten Asylbewerbern. Die anderen Asylbewerber schauen bislang in die Röhre. Können künftig alle, die in Gemeinschaftsunterkünften oder auch in dezentralen Einrichtungen leben, Deutschkurse bekommen? Das sind etwa 9.000 Personen. Oder können das alle 450 Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg Deutschkurse besuchen oder die 350, die in Aschaffenburg sind? Können die jetzt Deutschkurse beantragen? Wie geht das? Wie sieht es bei Menschen in dezentralen Unterkünften aus, die wir auch haben und die über den Landkreis verteilt sind? In manchen Unterkünften leben nur 15 Menschen. Bekommen auch sie Deutschkurse? Gibt es genügend Personen, die diese Deutschkurse durchführen, Frau Ministerin? Auch das muss umgesetzt werden. Der Gedanke ist gut, dass Sie das jetzt machen wollen, aber wie wird das ganz konkret umgesetzt? Kann ich den Asylbewerbern jetzt sagen, dass der Freistaat die Kosten künftig übernimmt? Und wenn ja, ab wann wird das sein?

Meine Damen und Herren, das sind viele spannende Fragen. Ich hoffe, Frau Ministerin, Sie werden uns heute hierüber aufklären. Vor Ort wird man nämlich immer wieder

darauf hingewiesen, wie wichtig und notwendig die Deutschkurse sind. Da wird dann immer wieder gefragt: Wie finanzieren wir das?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Imhof das Wort. Bitte schön.

Hermann Imhof (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Ackermann hat vorhin sinngemäß gesagt: Nun kann die bayerische Sozialministerin den Beweis antreten, dass Sie es tatsächlich ernst meint, nicht nur im Hinblick auf die Humanität, sondern auch bezüglich der Leistungen für diese Menschen. Ich darf Ihnen von meinem Standpunkt aus einige Dinge darlegen. Am Ende der Diskussion werden wir dann vielleicht miteinander feststellen, inwieweit die Staatsregierung Worten Taten folgen lässt.

Ich erspare es mir, jetzt im Detail darauf einzugehen, was die Regierungskoalition mit dem sogenannten Asylkompromiss in die Wege geleitet hat. Näheres weiß man aus der Debatte im Sozialausschuss. Ihnen mag das da und dort zu wenig im Umfang sein und zu langsam gehen. Aber wir sagen als Regierungskoalition: In diesen zweieinhalb Jahren ist eine ganze Menge passiert. Das wird uns auch von vielen eher neutralen Beobachtern attestiert. Wer den Zeitraum vor Juli 2010 Revue passieren lässt, muss konstatieren, dass in diesen zweieinhalb Jahren eine ganze Menge passiert ist. Ihnen ist das zu wenig.

Dies gilt aber nicht für uns. Zu der ganzheitlichen Betrachtung gehört auch, inwieweit wir die Menschen in unserem Land – das meine ich jetzt wirklich so – mitnehmen, auch in Anbetracht der Wohnungssituation und der Leistungen. Denn die Menschen bemühen sich, alle Tage ihre Arbeit zu leisten. Dafür gibt es oft zu wenig Entgelt. Wir haben ja oft Debatten über Leiharbeit und andere Themenbereiche wie Wohnungsnot etc. gehabt. Wenn wir in Bayern eine seriöse Politik machen, dann müssen wir den Asylbereich ganzheitlich sehen und bereit sein, ihn konsequent weiterzuentwickeln.

Dies dürfen Sie als Maßstab bei uns anlegen. Der Maßstab schlägt sich auch in unserem Antrag nieder.

Zunächst möchte ich einen Dank aussprechen. Das tue ich auch im Namen unseres Integrationsbeauftragten Martin Neumeyer, der ständig mit den Menschen vor Ort im Kontakt ist, also mit den ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern und den Gruppen und Kreisen, die in den Unterkünften engagiert tagtäglich ihre Arbeit leisten. Diese Menschen engagieren sich auch in der Vermittlung unserer Sprache. Wir sind uns sicher über alle Parteigrenzen hinweg einig, dass die Sprache der Schlüssel, der Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen ist und letztlich ganz maßgeblich dazu beiträgt, Integration zu bewerkstelligen.

Zudem – lieber Martin Neumeyer, du sagst es ja häufig – bauen Menschen, die vor Ort bürgerschaftlich engagiert sind, Vorurteile in den Herzen und Köpfen der Menschen ab und sind nach draußen für die Gesellschaft die besten Botschafter für das Gelingen von Integration.

Ich will unsere drei Anträge vergleichen. Eigentlich müssten Sie, Frau Kollegin Ackermann, auch Sie, Herr Kollege Fahn, sowie die Damen und Herren der SPD auf unseren Antrag anspringen. Warum? Weil er der weitestgehende ist. Ich sage Ihnen auch, warum er der weitestgehende ist. Wenn wir die weitere Entwicklung der Asylpolitik in der richtigen Weise begreifen, dann dürfen wir nicht nur erst wieder ein Konzept vorlegen. Das ist genau der Punkt, den Sie, Frau Kollegin Ackermann, oft beanstanden. Sie sagen: Wieder wird ein Konzept vorgelegt; alles soll flächendeckend möglichst schnell eingeführt werden. Die FREIEN WÄHLER erweitern das und sagen: Wir müssen uns natürlich auch auf Bundes- und Landesebene einsetzen.

Und was steht konkret im Antrag der Koalition? Darin steht: "schnellstmöglich" Deutschkurse nicht nur für die Geduldeten und die Anerkannten, sondern für alle Asylbewerber in Bewegung bringen. Das wird nicht über Nacht gehen, vielleicht auch nicht in acht Tagen. Aber ich behaupte: In wenigen Wochen oder Monaten können wir von

Bayern aus mit unseren eigenen Finanzmitteln beginnen, und zwar nicht undifferenziert, sondern in allen Sammelunterkünften; um das geht es Ihnen ja. Das ist flächendeckend, aber Schritt für Schritt.

Parallel dazu werden wir mit der Bundesregierung verhandeln, weil wir in der CSU und der FDP der Meinung sind, dass die Deutschkurse notwendig sind. Natürlich muss die Bundesregierung der erste Finanzier sein. Aber darauf sollten wir uns nicht verlassen. Wir wollen nicht erst ein Konzept vorlegen und dann die Bundesregierung bitten einzusteigen, sondern wir wollen sofort beginnen.

Ihre beiden Anträge lehnen wir ab, weil sie in unseren Augen zu kurz springen, wenn Sie sagen, es müsse ein Konzept vorgelegt werden und dann müsse man sich auf Bundesebene für die Sache einsetzen. Wir sagen, im Kontext nicht nur mit Würzburg, sondern aus tiefer Überzeugung: Wir müssen sofort beginnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bitte Sie, bei unserem Antrag mitzumachen. Er ist der weitestgehende.

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Imhof, bevor sie zum Thema kamen, haben Sie ziemlich viel Lyrik verbreitet. Mich würde interessieren, in welchem Zeitrahmen Sie Landesmittel einsetzen wollen, um mit den Kursen zu beginnen. Wann beginnen die Kurse aus Ihrer Sicht?

Hermann Imhof (CSU): Frau Kollegin Ackermann, Sie wissen, dass ich kein Politiker bin, der einfach ins Blaue hinein spricht. Ich lasse mich jetzt nicht darauf festlegen, ob es vier oder sechs Wochen dauert. Das Wort "schnellstmöglich" heißt, das Sozialministerium beginnt, wenn ich es richtig verstehe, morgen oder hat heute begonnen, Pläne zu schmieden, wie wir am schnellsten Deutschkurse installieren können.

Momentan kann keine Rücksicht auf die Frage genommen werden: Wann und in welcher Form beteiligt sich der Bund? Vielmehr beginnen wir vonseiten des Sozialministeriums jetzt einfach und führen parallel Verhandlungen mit dem Bund, um ihn ins Boot zu holen. Die Frage des Abwartens stellt sich bei uns nicht. Wir wollen sofort beginnen. "Sofort" heißt – ich sage das einfach mal so dahin – "in den nächsten Wochen". Es wird wahrscheinlich nicht in der nächsten, also in der Karwoche passieren; damit würde man jeden Apparat überfordern, und es ist auch unreal. Wenn ich von den "nächsten Wochen" spreche, kann es auch um vier oder sechs Wochen gehen; das wäre relativ realistisch.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Fahn zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Imhof, Sie sagen, Sie lehnten den Antrag der FREIEN WÄHLER ab, weil er zu kurz springe. Da muss ich etwas schmunzeln. Wir haben uns auf den Bereich Deutschkurse beschränkt. Wir haben schon sehr viele Anträge gestellt. Vor drei Monaten waren es neun Anträge. Da sind wir nicht zu kurz gesprungen. Diese neun Anträge haben Sie alle abgelehnt. Da ging es um dezentrale Unterkünfte, um die Essenspakete usw. Sie wissen das alles genau. Alles wurde abgelehnt.

(Hermann Imhof (CSU): Um diese Anträge geht es jetzt ja nicht!)

- Jetzt geht es um Ihren Antrag. Sie schreiben etwas von bewährter Asylpolitik. Aber was Sie fortentwickeln, ist keine bewährte Asylpolitik. Viele Punkte bei Ihnen sind nämlich falsch. Bei den Deutschkursen haben Sie einiges geändert. Wir lehnen Ihren Antrag ab, wenn Sie das Wort "bewährte" darin stehen lassen. Wir diskutieren schon seit zwei Jahren über die Asylpolitik. Da haben wir gemerkt, dass die Asylpolitik bisher nicht bewährt war. Wenn Sie dieses Wort stehen lassen, lehnen wir Ihren Antrag also ab.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Imhof, bitte.

Hermann Imhof (CSU): Herr Kollege Fahn, im Fazit geht es konkret darum, Deutschkurse einzurichten und den schnellstmöglichen und ganzheitlich besten Weg zu finden. Es geht nicht um Wortklaubereien, auch nicht um Anträge aus der Vergangenheit. Wir haben unseren Antrag wegen der Deutschkurse gestellt. Ihren Antrag müssen wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Meyer das Wort erteilen.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn Sie es als "Lyrik" bezeichnen, verehrte Kollegin Ackermann, so erlaube ich mir, doch noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich die FDP-Fraktion seit Beginn dieser Legislaturperiode intensiv und nachhaltig immer wieder für Verbesserungen der Situation von Asylbewerbern eingesetzt hat: für die Lockerung der Residenzpflicht, für schnellere Auszugsmöglichkeiten für Familien aus Gemeinschaftsunterkünften, für die Einrichtung von Diagnosestellen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Und wir freuen uns auch, dass es Verbesserungen durch die Änderung der Leitlinie zur Gestaltung von Gemeinschaftsunterkünften gegeben hat.

Ganz besonders wichtig war uns, der FDP-Fraktion, die Erhöhung der Mittel für die Asylsozialberatung. Sie wurden in den Jahren 2012 und 2013 um fast zwei Millionen aufgestockt, damit wir die soziale Betreuung und Beratung in den Einrichtungen intensivieren können. Menschen, die sich aufgrund von schrecklichen Zuständen schweren Herzens dazu entschlossen haben, ihre Heimat zu verlassen, und in einem fernen Land und einer fremden Kultur ihre Zukunft zu suchen, tragen ein schweres seelisches Gepäck mit sich. Verschlimmert wird diese Situation dadurch, dass sie die Sprache der Menschen nicht sprechen können, unter denen sie dann leben. Sie verstehen nicht, was ihnen die Betreuer in den Einrichtungen sagen, was ihnen die Beamten in den Behörden oder was ihnen die Ärzte sagen. Sie können sich nur verständigen, wenn ein Dolmetscher da ist. Aber das ist keineswegs immer der Fall. Somit

fühlen sie sich hilflos und alleine gelassen. Für mich ist das eine beklemmende Vorstellung.

Wir wollen, dass sich Asylbewerber nach der schwierigen Zeit der Flucht hier alleine zurechtfinden. Das Beherrschen der vor Ort üblichen Sprache öffnet Türen und stärkt das Selbstbewusstsein. Daher ist es ein unerlässlicher Akt der Humanität, künftig allen zu uns nach Bayern kommenden Asylbewerbern schnellstmöglich nach ihrer Ankunft den Zugang zu Deutschkursen zu ermöglichen. Es ist richtig, bislang haben nur anerkannte Flüchtlinge das Recht und auch die Pflicht gehabt, Deutsch im Rahmen eines Integrationskurses zu erlernen. Deshalb haben wir Liberale uns seit Langem für die Forderung nach Deutschkursen für alle Asylbewerber stark gemacht. Sie können vielleicht ein bisschen erahnen, wie ich mich gefühlt habe, als ich gehört und in der Zeitung gelesen habe, dass jetzt überall Deutschkurse für alle Asylbewerber kommen. Da habe ich mich wirklich aus tiefstem Herzen gefreut.

Ich gehe davon aus und bin ganz sicher, dass den Worten der Sozialministerin auch umgehend Taten folgen werden. Wir haben es gerade vom Kollegen Imhof gehört, dass es so geplant ist. Vorrangig sehen wir Liberale uns in der Pflicht, zu versuchen, auch den Bund für die Finanzierung zu gewinnen. Wenn das nicht funktioniert, müssen wir von Bayern aus versuchen, das Konzept umzusetzen. Wir haben gestern Abend bei einer Veranstaltung eindrucksvoll erlebt, wie junge Menschen bei uns ankommen, wie sie sich zurechtzufinden versuchen und was es für sie bedeutet, wenn sie in eine Schule gehen können, wenn sie eine Ausbildung beginnen können. Ich glaube, es ist ein guter und wichtiger Weg und ein richtiger Schritt, dass wir jetzt Deutschkurse ermöglichen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Bei den Anträgen schließe ich mich der Argumentation des Kollegen Imhof an. Wir werden unserem Antrag, der der weitestgehende ist, zustimmen und bitten auch um Ihre Zustimmung. Ihre Anträge werden wir dann ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Meyer, bleiben Sie bitte am Redepult. Herr Kollege Fahn hat das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zunächst einmal möchte ich die FDP loben, denn wenn die FDP nicht im Landtag wäre, hätte es diese verschiedenen Fortschritte nicht gegeben. Mit der CSU hätte es diese Fortschritte nicht gegeben. Das möchte ich ganz klar sagen.

Jetzt komme ich aber noch einmal zu unserem Antrag, den Sie ablehnen wollen. Das verstehe ich nicht. Wir haben nur darüber gesprochen, dass jetzt Deutschkurse eingeführt werden und dass das ein Fortschritt ist.

Brigitte Meyer (FDP): Nur auf Bundesebene, heißt es bei Ihnen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Unser Antrag lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unverzüglich auf Landes- und Bundesebene für die Schaffung eines flächendeckenden Angebots an Deutschkursen für alle Flüchtlinge in Bayern einzusetzen.

Brigitte Meyer (FDP): Es steht hier nur "auf Bundesebene".

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist genau das, was Sie gesagt haben und was Sie wollen. Deshalb können Sie unseren Antrag nicht ablehnen, sonst sind Sie unglaubwürdig.

Brigitte Meyer (FDP): Sie haben gesagt: Auf Bundesebene und mit Bundesmitteln.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, als ich vorhin begonnen habe, habe ich unseren Antrag abgeändert und gesagt: "auf

Landes- und Bundesebene". Das ist jetzt drin, so wie Sie es auch wollen. Deswegen können Sie unseren Antrag aus sachlichen Gründen nicht ablehnen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Meyer, es ist richtig, Kollege Fahn hat vorhin bei seinem Wortbeitrag darum gebeten, den Antrag dahin gehend zu verändern, dass die Landesebene mit hineinkommt. Ich werde dann auch über diese geänderte Fassung abstimmen lassen. Danke schön, Frau Kollegin Meyer.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wollen Sie auf die Zwischenbemerkung noch erwidern?)

Das steht ihr frei.

Brigitte Meyer (FDP): Wir klären das jetzt einmal ab.

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Frau Kollegin Weikert das Wort.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wegen der Ankündigungen hier an diesem Ort und zu diesem Zeitpunkt gibt es vielleicht etwas Verwirrung. Ich will versuchen, ein paar Fakten zusammenzutragen. Fakt ist, dass bisher nur kleine Gruppen von Asylbewerbern, die in Gemeinschaftsunterkünften oder sonst wo leben, an Deutschkursen teilnehmen konnten. Ein ganz großer Teil war aufgrund der bayerischen Politik davon ausgeschlossen, weil – Frau Ackermann hat es schon gesagt – das Ziel verfolgt wurde, keine Anreize dafür zu schaffen, dass die Menschen hier länger bleiben. Die Politik wollte im Prinzip, dass die Menschen das Land relativ schnell wieder verlassen. Das ist Fakt. Das kommt aus dem Innenministerium. Es gab also diese Deutschkurse nicht.

Jetzt ist eine Ankündigung von Frau Haderthauer durch die Presse gegangen, die wir alle positiv aufgenommen haben. Das Auftreten dazu war nicht besonders glücklich. Darüber haben wir heute schon diskutiert. Jetzt gibt es folgerichtig Anträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER, die die Ankündigungen aufnehmen und wissen wollen, was jetzt Sache ist und ab wann es diese Deutschkurse gibt. Das ist zumindest für

mich vollkommen klar. Deshalb verstehe ich den Kollegen Imhof überhaupt nicht, wenn er glaubt, dass man dafür kein Konzept braucht. Sie brauchen für diese Kurse Lehrkräfte. Sie brauchen Menschen, die die Deutschkurse abhalten. Sie brauchen finanzielle Mittel dafür. Sie brauchen auch Orte, an denen diese Sprachkurse stattfinden. In Gemeinschaftsunterkünften wie in Zirndorf oder hier in der Baierbrunner Straße werden Sie nicht einmal einen Aufenthaltsraum dafür finden. In diesen Unterkünften sind die sonstigen Unterkunftsbereiche bereits belegt. Deshalb verstehe ich nicht, warum Herr Imhof mühsam gegen den Antrag der GRÜNEN spricht und meint, die CSU sei schneller. Wenn Sie wirklich schneller sind, freuen wir uns darüber.

Das Nächste kann ich auch nicht verstehen. Kollegin Meyer, bei aller Anerkennung Ihres persönlichen Engagements, Sie geben Ihrem Antrag die Überschrift: "Bewährte Asylpolitik zeitgemäß weiterentwickeln!" Sie reden darin von einigen Errungenschaften. Sie schreiben unter anderem, dass Sie die Mittel für die Asylsozialarbeit erhöht haben. Das ist richtig. Sie wissen aber auch, dass sich in dem entscheidenden Zeitraum der Zugang an Asylbewerbern fast um die Hälfte erhöht hat. Allein schon deshalb werden mehr Mittel für die Asylsozialarbeit benötigt. Das ist genauso wie bei den Kindern. Wenn mehr Kinder geboren werden, brauchen wir mehr Geld für Kindertagesstätten. Das war nichts anderes als eine Erhöhung des Bedarfs. Zum anderen ist die Asylsozialarbeit vollkommen unterfinanziert. Das können Ihnen alle die, die sich in Wohlfahrtsverbänden engagieren, bestätigen. Es gibt immer noch Wohlfahrtsverbände – nicht nur die Arbeiterwohlfahrt, wo ich Verantwortung trage, sondern auch die Caritas und die Diakonie -, die sich aus finanziellen Gründen aus der Beratungsarbeit zurückziehen mussten.

Dass Sie die Leitlinien geändert haben, Kolleginnen und Kollegen des Landtags, war mehr als überfällig. Ich erinnere nur an das Hearing, das wir im April 2009 durchgeführt hatten. Damals kamen unerträgliche Zustände ans Licht. Es war klar, dass in Bayern die Menschen so nicht mehr in Gemeinschaftsunterkünften gehalten werden können. Es ist auch noch lange nicht so weit, dass diese Leitlinien in Bayern ange-

wendet werden. Die Asylpolitik ist also längst nicht in dem Sinne bewährt, wie wir es uns vorstellen.

Ich will noch zwei Punkte nennen. Sie weigern sich vehement, eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung in Bayern zu schaffen, obwohl alle Fachleute sagen, dass wir sie brauchen. Sie haben immer noch nicht Ihr Vier-Stufen-Konzept für Kinder, die nach Deutschland kommen, überprüft, obwohl die UN-Kinderkonvention von der Bundesrepublik vorbehaltlos anerkannt ist. In diesem Bereich gibt es noch eine Menge Aufgaben. Frau Meyer, Sie nicken. Es gibt ein bisschen an bewährter Asylpolitik, aber sie hat sich insgesamt noch lange nicht bewährt. Es gibt noch viel zu tun. Deshalb noch einmal zum Schluss: Es gibt keinen Grund für die CSU, die Anträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER abzulehnen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat noch einmal Frau Kollegin Ackermann ums Wort gebeten.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Imhof, ich muss Ihnen sagen: Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Sie haben es in Ihrem Antrag nicht formuliert. Das lässt mich weiterhin zweifeln. Sie haben in Ihrem Antrag lediglich von einer Finanzierung vorrangig aus Bundesmitteln gesprochen. Wenn es so klar ist, dass das Land finanziert, warum schreiben Sie es nicht in den Antrag hinein? Wissen Sie, wir sind gebrannte Kinder. Frau Sozialministerin Haderthauer hat bereits einmal gesagt, die Altenpflegeschulen würden zu 100 % refinanziert. Leider war es nicht so. Wenn Sie vorrangig die Bundesmittel, die Landesmittel jedoch nicht nennen, können wir diesem Antrag nicht zustimmen, weil wir nicht sicher sein können, dass auch Landesmittel eingesetzt werden. Deshalb schlage ich Ihnen vor: Ändern Sie den Antrag in diesem Punkt. Schreiben Sie im letzten Satz: "Mit der Realisierung wird unabhängig von einer möglichen Finanzierung durch den Bund unverzüglich begonnen". Wenn Sie das schreiben, ist klar, dass das Land dies finanziert. So, wie Sie es schreiben, können wir

dem Antrag nicht zustimmen. Sie verweisen lediglich wieder auf den Bund. Das ist uns zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung darf ich jetzt Frau Staatsministerin Haderthauer das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Frau Ackermann, ich habe gesagt, dass es unser Ziel ist, die Altenpflegeschüler vom Schulgeld zu befreien. Dieses Ziel haben wir erreicht.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich möchte auf das Thema Deutschkurse eingehen. Bisher finden Deutschkurse nach bundesrechtlichen Vorschriften durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für diejenigen statt, die eine Anerkennung oder einen Schutzgrund haben. Zusätzlich haben wir in etlichen Gemeinschaftsunterkünften dankenswerterweise Deutschkurse auf ehrenamtlicher Basis.

(Angelika Weikert (SPD): Richtig, auf ehrenamtlicher Basis!)

- Trotzdem darf man das honorieren, was ich im anschließenden Satz tun möchte. Das ist nicht nur möglich, weil die Regierungen die dafür erforderlichen Räume zur Verfügung stellen, sondern auch, weil wir gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden ein System der Asylsozialberatung aufgebaut haben. Das muss auch weiter ausgebaut werden. Wir formulieren auch immer wieder, dass dies der Fall sein muss. Das wird auch sehr schön begleitet und unterstützt. An dieser Stelle möchte ich den Ehrenamtlichen danken, die sich um Deutschkurse, aber auch sonst um Integration bemühen. Sie leisten eine ganz wichtige Arbeit. Auf diesen Einsatz werden wir auch weiterhin angewiesen sein, auch wenn wir das Thema Deutschkurse auf andere Füße stellen wollen. Das werde ich gleich erläutern.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Am Ende. An dieser Stelle danke ich auch den Kommunen und Landkreisen. Dort sind auch sehr viele Bürger unterwegs, die im Rahmen der Unterbringung durch die Kreisverwaltungsbehörden, die wir brauchen, weil wir zu wenige Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften haben, viel Gutes leisten.

Zum Thema Deutschkurse: Selbstverständlich haben wir letzten Freitag im Sozialministerium sofort die Vorbereitungen dafür getroffen. Das Ergebnis, das wir nach dem Besuch in Würzburg noch einmal kommuniziert haben, werden wir umsetzen. Wir haben mehrere Achsen. Wir wollen nicht an dem ehrenamtlichen Engagement vorbeiarbeiten. Wir wollen das, was derzeit schon läuft, einbeziehen. Wir wollen in Abstimmung mit der Asylsozialberatung mit den Profis, die dort unterwegs sind, und mit den Ehrenamtlichen erarbeiten, auf welche Strukturen wir aufbauen sollten und wie wir Deutschkurse für möglichst alle Asylbewerber realisieren können.

(Angelika Weikert (SPD): Ein Konzept!)

- Ja, konzeptlos hat diese Staatsregierung noch nie gearbeitet, wir im Sozialministerium sowieso nicht. Liebe Frau Weikert, ich sage Ihnen aber auch, warum der Antrag der GRÜNEN aus meiner Sicht nicht zustimmungsfähig ist. Im Antrag der GRÜNEN wird formuliert, dass eine Lösung auf Bundesebene verwirklicht werden und ansonsten eine eigene Lösung erarbeitet werden sollte. Wir gehen weiter. Wir gehen jetzt schon in die Finanzierung und kümmern uns parallel darum, dass die Verantwortung auf Bundesebene übernommen wird.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum steht das nicht drin?)

Genauso haben wir es beim Mittagessen gemacht. Zuerst wurde das Mittagessen aus Landesmitteln finanziert, danach ist der Bund eingesprungen.

Morgen werde ich auf der Integrationsministerkonferenz in Dresden einen entsprechenden Antrag unterstützen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll seine Kurse öffnen. So etwas dauert erfahrungsgemäß länger, weil dafür eine Gesetzesänderung notwendig wäre. Das wird uns nicht davon abhalten, sofort mit Landesmitteln tätig zu werden.

Frau Ackermann unterstellt immer wieder gerne, dass alles, was nicht stattgefunden hat, aus einer bestimmten inneren Haltung heraus nicht stattgefunden hat. Ist die innere Haltung, den Asylbewerbern nicht zu helfen, auch in Baden-Württemberg zu finden? Dort gibt es auch keine Sprachkurse aus Landesmitteln. Verfügt auch Berlin über diese innere Haltung? Dort gibt es die Sprachkurse auch nicht. Gibt es diese innere Haltung in Nordrhein-Westfalen? Dort gibt es ebenfalls keine Sprachkurse. Mehr rot-grüne Bundesländer habe ich nicht mehr abfragen können. In acht Bundesländern gibt es keinerlei länderfinanzierte Sprachkurse. Baden-Württemberg hat mich ganz besonders interessiert, weil gerade die GRÜNEN immer so tun, als wären wir in Bayern hinterher.

(Georg Schmid (CSU): Hört, hört! Jetzt kommt es raus!)

Ich sage Ihnen eines: Mit diesem Programm werden wir uns an die Spitze der Bundesländer stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Damit werden wir das fortschreiben, was wir gemeinsam in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir werden die Asylsozialpolitik weiterentwickeln.

Frau Weikert, ich finde, wir haben zu Recht eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung abgelehnt. Stattdessen haben wir viel schneller die Plätze geschaffen, die eine dritte Erstaufnahmeeinrichtung gebracht hätte. Wir haben in den letzten Monaten mehr als 500 neue Plätze geschaffen, wir haben gehandelt, anstatt eine Show zu veranstalten.

Sie wissen genau, wie lange es dauert, eine dritte Erstaufnahmeinrichtung zu implementieren. Dazu hat es nie einen Vorschlag gegeben.

Gleich ist die Redezeit zu Ende. Ich möchte noch kurz sagen, dass wir im letzten Jahr ein neues Diskussionsforum mit allen Beteiligten aufgesetzt haben, um das Vier-Stufen-Konzept für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge weiterzuentwickeln. Das sind nur zwei Beispiele, die direkt belegen, dass das, was Sie immer wieder machen, nämlich unsere Politik schlechtreden, nicht stimmt. Wir sind auf allen Gebieten aktiv. Gerade im Bereich der Asylsozialpolitik brauchen wir uns von Ihnen nichts erzählen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie sollten sich vielleicht besser mit Herrn Kollegen Imhof abstimmen. Er hat negiert, dass ein Konzept notwendig ist. Soeben haben Sie erklärt, Sie arbeiteten an einem Konzept, wie die Deutschkurse umgesetzt werden sollten.

(Georg Schmid (CSU): Ist ja gut! Wir haben es!)

Was hindert die CSU-Fraktion daran, die Landesmittel in den Antrag zu schreiben? Warum stehen die Landesmittel nicht drin? Warum verweisen Sie nur auf Bundesmittel?

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Ich habe Ihnen gesagt, dass wir ein landesmittelgefördertes Programm auflegen werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schreiben Sie es doch rein!)

Herr Kollege Imhof hat sehr klar zum Ausdruck gebracht, dass im Dialog mit allen die Förderung von Sprachkursen stattfinden soll.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FDP auf der Drucksache 16/16057 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind CSU und FDP. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/16056 mit der Änderung, dass zur Bundes- auch die Landesebene hinzukommt. Wer dem Antrag in dieser geänderten Fassung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, FDP-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit ist auch dieser Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 16/16040. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Wir haben fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21.22 bis 21.27 Uhr)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist um. Ich bitte, die Stimmen außerhalb des Saales auszuzählen. Wir geben das Abstimmungsergebnis später bekannt.

Ich darf jetzt noch darauf hinweisen, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/16041 mit 16/16045 an die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte nun, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir fortfahren können. – Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sofortige Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber", Drucksache 16/16040, bekannt geben: Mit Ja haben 45 gestimmt, mit Nein haben 73 gestimmt, es gab eine Stimmenthaltung. Damit wurde der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3 - Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.03.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Sofortige Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Drucksache 16/16040)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin			
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine			
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			X
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard			
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa			
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto			
Zelmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	45	73	1